

Mehr innerparteiliche Partizipation wagen

Mitwirkungsmöglichkeiten in sozialdemokratischen Parteien im europäischen Vergleich

SARA SCHLOTE
November 2011

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um eine Parteireform der SPD zur Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Mitgliedern stellt sich die Frage, welche innerparteilichen Partizipationsmöglichkeiten Parteien im europäischen Vergleich anbieten. Um die verschiedenen Möglichkeiten der Mitbestimmung zu vergleichen, wurden die Organisationsstatuten von sozialdemokratischen Parteien in elf europäischen Ländern, nämlich Deutschland (SPD), Österreich (SPÖ), Schweden (Socialdemokraterna), Dänemark (Socialdemokraterne), Norwegen (Arbeiderpartiet), Polen (SLD und SDPL), Niederlande (PvdA), Großbritannien (Labour Party), Frankreich (PS), Spanien (PSOE) und Slowenien (SD) untersucht.

Analysiert werden die folgenden acht Bereiche, in denen eine inhaltliche oder personalpolitische Mitwirkung von einfachen Parteimitgliedern möglich ist:

1. Wahl des Parteivorsitzes
2. Vertreter der Delegiertenkonferenz
3. Antragsrecht
4. Referendum
5. Aufstellung der Parlamentskandidaten
6. Vertretung von Organisationen im erweiterten Vorstand
7. Angegliederte Organisationen
8. Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

Die Ergebnisse der Analyse sind in der folgenden Tabelle zusammenfassend dargestellt.¹ Diese Übersicht zeigt, dass in den meisten sozialdemokratischen Parteien Europas Formen der geschlossenen Partizipation dominieren. Die geringsten Mitspracherechte haben die Mitglieder der untersuchten sozialdemokratischen Parteien bei

der Wahl des Parteivorsitzes. Ausschließlich zwei Parteien (PS, Frankreich und Labour, Großbritannien) lassen alle Mitglieder über den Vorsitz der Partei abstimmen. In den meisten sozialdemokratischen Parteien wird der Vorsitz hingegen indirekt über Delegierte gewählt. Der Zugang zu den Delegiertenkonferenzen ist nicht einfach, da man sich erst über zwei Gliederungsebenen in diese wählen lassen muss.

Die Mehrheit der untersuchten Parteien bietet Partizipationsmöglichkeiten beim Antragsrecht. Durch Anträge können inhaltliche Diskussionen angeregt werden. Doch liegt die Entscheidung über die inhaltliche Ausrichtung der Partei wieder bei den gewählten Delegierten, die über Annahme oder Ablehnung von Anträgen abstimmen. Ähnlich verbreitet unter den untersuchten Parteien ist die institutionalisierte Mitarbeit von Untergruppen im erweiterten Parteivorstand. Es gilt jedoch zu bedenken, dass auch dieses Instrument nur begrenzte Mitbestimmungsrechte beinhaltet, denn meistens werden die Untergruppen von Delegierten repräsentiert. Ebenfalls institutionalisiert ist bei sieben der zwölf Parteien die Mitarbeit ohne Parteibuch. Allerdings hat die Mitarbeit von Nichtmitgliedern eher symbolischen Wert, da sie zumeist nur auf der untersten Gliederungsebene zulässig ist.

Ferner geht aus der Tabelle hervor, dass die polnische SLD ihren Mitgliedern in der Summe die geringsten Möglichkeiten der Mitbestimmung zugesteht. Im Gegensatz dazu gewährt die Labour Party in Großbritannien laut ihrer Organisationsstruktur ihren Mitgliedern sehr viel Raum zur Mitbestimmung. In sechs der analysierten Bereiche werden Mitglieder der Labour Party aktiv in den politischen Prozess eingebunden. Inwieweit diese Regelungen auch Einzug in den innerparteilichen Alltag gefunden haben, wird von dieser Analyse allerdings nicht untersucht.

1. Eine ausführlichere Analyse findet sich in der Publikation *Stoppt mehr Partizipation den Mitgliederverlust?* von Sara Schlote, abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08557.pdf>



Tabelle: Überblick über Partizipationsmöglichkeiten

	Parteivorsitz	Delegiertenkonferenz	Antrag	Referendum	Parlamentskandidaten	Erweiterter Vorstand	Angegliederte Organisationen	Nichtmitglieder	Summe
PS	+	-	.	+	+	.	-	+	4
Labour	+	+	-	-	+	+	+	+	6
PvdA	-	+	+	-	-	+	-	-	3
Socialdemokraterna	-	-	+	+	-	+	+	+	5
SLD	-	-	.	-	-	-	-	-	0
Socialdemokraterne	-	-	+	-	+	+	-	-	3
Arbeiderpartiet	-	-	+	+	+	-	-	-	3
SPÖ	-	-	-	+	-	+	-	+	3
SPD	-	-	+	+	-	+	-	+	4
PSOE	-	-	+	-	-	-	+	+	3
SD	-	-	+	-	.	+	-	+	3
SDPL	-	-	.	+	-	-	-	-	1
Summe	2	2	7	6	4	7	3	7	

1. Wahl des Parteivorsitzes

Eine wesentliche Möglichkeit der Mitbestimmung bietet die Wahl des Parteivorsitzenden. Mit Ausnahme von zwei der untersuchten Parteien werden jedoch alle Vorsitzenden auf Delegiertenkonferenzen gewählt. Die PS hingegen garantiert allen ihren Mitgliedern seit 1995 ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl des Parteivorsitzenden. Auch die Mitglieder der Labour Party haben durch Direktwahl des Parteivorsitzes die Chance mitzuentcheiden.

2. Vertreter der Delegiertenkonferenz

Überdies ist in den meisten Parteien, in denen der Vorsitz durch indirekte Wahl bestimmt wird, die Teilhabe an Delegiertenkonferenzen nicht einfach. Eine Ausnahme stellt die SPÖ dar, da dort Delegierte nicht unbedingt Mitglied sein müssen. In der slowenischen SD können Teilnehmer der Delegiertenkonferenz auch den Arbeitsgruppen angehören. In der niederländischen PvdA haben alle Mitglieder Antrags-, Rede-, und Stimmrecht zu inhaltlichen Anträgen. Über Statuten und Personalfragen dürfen wiederum nur Delegierte entscheiden. Ferner dürfen die

nicht gewählten Mitglieder nur 25 Prozent der Delegiertenkonferenz ausmachen. Bei Konferenzen der Labour Party sind auch Delegierte der angegliederten Organisationen anwesend und gleichermaßen stimmberechtigt.

3. Antragsrecht

Die inhaltlichen Partizipationsmöglichkeiten der Parteimitglieder können anhand des Antragsrechts analysiert werden. In den meisten untersuchten Parteien können die Mitglieder relativ einfach Anträge stellen und dadurch den inhaltlichen Diskurs ihrer Partei mitgestalten. Auffallend offen hinsichtlich der Antragsstellung sind die Socialdemokraterna und die PvdA, da sie allen Mitgliedern gestatten, Anträge zu stellen. In der SPD, der PSOE, der SD, der Arbeiderpartiet und der Socialdemokraterne sind die ersten Gliederungsebenen, in der Labour Party und der SPÖ nur die zweiten Gliederungsebenen zur Antragsstellung berechtigt.

4. Referendum

Inhaltlich mitwirken können Parteimitglieder in der Regel auch anhand eines Referendums. In der Hälfte der untersuchten Parteien haben alle Parteimitglieder die Möglichkeit, im Rahmen eines Referendums Einfluss zu nehmen. Zu diesen Parteien gehören die PS, die Socialdemokraterna, die Arbeiterpartiet, die SPÖ, die SPD und die SDPL.

5. Aufstellung der Parlamentskandidaten

Abgesehen von der Wahl des Parteivorsitzes stellt die Aufstellung der Kandidaten zum nationalen Parlament eine weitere bedeutende Personalentscheidung dar. Ähnlich wie bei der Wahl des Parteivorsitzes sind die Möglichkeiten der Partizipation bei der Kandidatenaufstellung für Parteimitglieder stark eingeschränkt. Einzig in der PS, der Labour Party, der Socialdemokraterna und der Arbeiterpartiet werden die Kandidaten im Rahmen von Vollversammlungen bestimmt. In der SPD und der Socialdemokraterna werden prinzipiell nur Delegierte der zweiten Ebene an der Wahl beteiligt. In der SPD besteht jedoch die Möglichkeit der Wahl durch eine Vollversammlung, falls sich die Mitglieder der jeweiligen Gliederung dafür aussprechen. Die Parlamentskandidaten der SLD und der PvdA werden vom Bundesparteitag gewählt. In der PSOE und der SPÖ können sich sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder im Rahmen von Vorwahlen an der Kandidatenaufstellung beteiligen. Allerdings wird die endgültige Entscheidung in der PSOE dann wiederum durch Ratifizierung der Listen durch den Parteirat getroffen.

6. Vertretung von Organisationen im erweiterten Vorstand

Eine Mehrheit von sieben der untersuchten Parteien gewährt den Delegierten der jeweiligen Untergruppen institutionalisierte Mitarbeit im Vorstand. In der Labour Party, der PvdA, der Socialdemokraterna, der Socialdemokraterna, der SPÖ, der SPD und der SD sind Parteiorganisationen im erweiterten Vorstand vertreten. Insbesondere Vertreter der Jugendorganisationen sitzen in den erweiterten Parteivorständen der genannten Parteien. Ferner sind in den sieben erweiterten Vorständen häufig Arbeitnehmergruppen, Fraktionen, Regierungsvertreter und regionale Vertreter repräsentiert. Zudem können in den

Vorständen der SPD und der Labour Party auch außerparteiliche Organisationen partizipieren.

7. Angegliederte Organisationen

Die institutionelle Einbindung angegliederter Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, ist selten der Fall und nur in drei der untersuchten Parteien vorgesehen. Die PSOE weist in ihrem Statut auf die theoretische Möglichkeit einer Kooperation hin. Praktische Umsetzung erfahren die jeweiligen Regelungen jedoch nur als Folge der Abschaffung der Kollektivmitgliedschaft von Gewerkschaften in der Socialdemokraterna und der Labour Party. Angegliederte Gewerkschaften der Socialdemokraterna besitzen auf der angegliederten Ebene die gleichen Rechte wie Individualmitglieder. Angegliederte Organisationen können Kandidaten vorschlagen und sich an der Wahl der Kandidaten für das Nationalparlament beteiligen. Noch mehr Möglichkeiten erfahren die angegliederten Organisationen der Labour Party. Sie sind berechtigt, in den Gliederungen der Partei mitzuarbeiten, an Konferenzen aktiv teilzunehmen und den Vorsitzenden zu wählen.

8. Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

Nicht nur im Rahmen angegliederter Organisation gibt es die Möglichkeit der Partizipation. Nichtmitglieder können in fünf weiteren Ländern den Kurs der sozialdemokratischen Parteien mitbestimmen. Ohne Parteibuch mitarbeiten kann man in der SPD und der SD im Rahmen von inhaltlichen Arbeitsgemeinschaften und in der SPÖ im Rahmen von inhaltlichen Projektgruppen. Ebenfalls zulässig ist die Mitarbeit ohne Mitgliedschaft in der ersten Gliederungsebene der PS und der PSOE. 2011 ermöglichte die PS auch Nichtmitgliedern die Teilnahme an Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten.



Fazit

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Partizipationsmöglichkeiten sozialdemokratischer Parteimitglieder in Europa noch steigerbar sind. In den meisten Ländern wird lediglich Delegierten höherer Ebenen die dauerhafte Mitbestimmung gewährt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die dominierende Form der geschlossenen Partizipation noch zeitgemäß ist und den offenkundigen Bedürfnissen der europäischen Bevölkerung nach Partizipation und Transparenz entspricht. Die aktuellen Debatten um Parteireformen sind daher nicht Ausdruck wiederkehrender Modeerscheinungen, sondern es besteht klarer Handlungs- und Reformbedarf.

ISBN 978-3-86872-930-6

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über die Autorin

Sara Schlote studiert Sozialwissenschaften (Master) an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als studentische Hilfskraft am Wissenschaftszentrum Berlin in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen«.